

## Erderwärmung, Verschmutzung, leergefischte Meere: Was Produkte wirklich kosten

ALEXANDER HAHN

4. Juni 2017, 11:00

135 POSTINGS



foto: frank kunert  
Goldene Zeiten

**Erderwärmung, Luftverschmutzung, leergefischte Meere – für viele Phänomene müssen Unternehmen als Verursacher meist nicht geradestehen**

Das Ergebnis war so schockierend, dass es das Team um David Coady lieber einmal zu viel als zu wenig überprüfte. Doch es blieb dabei, die Zahl war "extrem belastbar", sagte er nach der Veröffentlichung der Studie vor drei Jahren. Die Erkenntnis: Fossile Brennstoffe wurden im Jahr 2015 weltweit mit 5,3 Billionen Dollar von Regierungen subventioniert – ein Betrag, der 6,5 Prozent der damaligen Weltwirtschaftsleistung entspricht. "Das sind die wahren Kosten, die mit dem Verbrauch von fossilen Energieträgern verbunden sind", betonte Coady, der im Internationalen Währungsfonds (IWF) die Studie betreute.

Das sind umgelegt zehn Millionen Dollar, die jede Minute aus staatlichen Töpfen abfließen. Aber wie kommt der IWF zu dieser gewaltigen Summe, die er selbst als so erschreckend empfindet? Externe Kosten lautet in diesem Fall das Zauberwort. Das sind jene Auswirkungen, die nicht Erzeuger oder Konsument eines Produkts zu tragen haben, sondern Dritte.

In der Studie hat der IWF dazu nicht nur lokale Umweltbelastungen dazugerechnet, sondern auch die Folgen der Erderwärmung durch den Verbrauch von Öl, Gas und Kohle. Zu direkten oder indirekten Förderungen kommen also emissionsbedingte Gesundheitsschäden sowie die Kosten vermehrter Dürren, Überflutungen und Stürme.

### Fall von Marktversagen

Am stärksten fällt die lokale Umweltverschmutzung ins Gewicht, die mit 2,7 Billionen Dollar etwas mehr als die Hälfte der Gesamtbelastung verursacht. Regierungen müssen diese Kosten für die Behandlung von Gesundheitsschäden sowie für Sozialausgaben durch Arbeitsunfähigkeit oder vorzeitiges Ableben aufwenden. Der IWF taxiert die Anzahl der jährlichen Todesfälle durch Luftverschmutzung auf 3,2 Millionen.

"Der Markt funktioniert nicht, wenn Kosten nicht bei denen anfallen, die sie entstehen lassen", umreißt Professor Rupert Sausgruber vom Institut für Finanzwissenschaft und öffentliche Wirtschaft der WU Wien das Problem. "Das ist ein klassisches Argument, dass der Staat eingreifen soll." Was in manchen Fällen auch passiert, etwa im Bereich des Klimaschutzes durch den Emissionsrechtshandel.

Um den Ausstoß von Treibhausgasen in der EU entsprechend der Klimaschutzziele einzudämmen, werden Zertifikate an Unternehmen vergeben oder versteigert, die zur CO<sub>2</sub>-Emission berechtigen. Die Idee dahinter: Jene Bereiche der Wirtschaft, die ihren Ausstoß leichter verringern können, sollen dazu motiviert werden, indem sie überschüssige Zertifikate versilbern können.

"Wenn es funktioniert, ist es ein Supersystem", meint Sausgruber. Allein, der Preis der Emissionszertifikate bewegt sich auf tiefem Niveau, an der Leipziger Strombörse EEX pendelt die Erlaubnis, eine Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalent freizusetzen, um die Marke von fünf Euro. "Offenbar wurde das ganze System mit Zertifikaten überausgestattet", vermutet Sausgruber.

Auch für den Klima- und Energiesprecher von Greenpeace Österreich, Adam Pawloff, stimmen die Relationen nicht ganz. Die Folgekosten des Klimawandels beziffert er mit 100 Dollar je Tonne CO<sub>2</sub>-Ausstoß, was derzeit knapp 90 Euro entspricht – dem 18-Fachen eines Emissionszertifikats. "Das sind klar errechnete externe Kosten", sagt Pawloff – und betont, dass die Kalkulation auf konservativen Annahmen basiere.

### **Globale Dimension**

Ein Grundproblem des Klimawandels ist die globale Dimension: Unabhängig davon, wo Treibhausgase emittiert werden, entfalten diese weltweit Wirkung. Somit ist ein staatenübergreifender Kraftakt nötig, um das Problem in den Griff zu bekommen – allerdings ist der Wille dazu ungleichmäßig verteilt, wie das Ausscheren der USA unter Präsident Donald Trump aus dem Pariser Klimavertrag deutlich offenbart.

Andere Probleme wie Lärm oder Luftverschmutzung sind zwar lokal lösbar, allerdings treten dabei oftmals konkurrierende Ziele zutage. Ein Beispiel: Im Sinne eines flexiblen Arbeitsmarkts ist Pendlertum zu begrüßen, wobei manche Strecken nur mit dem Auto sinnvoll zu bewältigen sind. Fördert der Staat diese Pendler, bezuschusst er auch die Emission von Treibhausgasen und bodennahen Schadstoffen.

Geradezu kurios wird die Berechnung externer Kosten im Bereich Atomenergie, oft als billigster Strom gepriesen. "Staatliche Förderungen wie direkte Hilfen oder Steuererleichterungen sind die eine Seite der Medaille", sagt Pawloff, "die andere lautet: Was passiert bei einem Atomunfall wie in Fukushima?"

Während jeder Autobesitzer verpflichtend eine Haftpflichtpolizze benötigt, sind Atomkraftwerksbetreiber nicht hinlänglich gegen Unfälle versichert. Warum, weiß WU-Professor Sausgruber: Es gibt keine Assekuranz, die solch eine Versicherung übernehmen würde. Weshalb zeigen die Folgekosten von Fukushima.

Vor vier Jahren hatte die japanische Regierung die Belastung

noch auf 98 Milliarden Dollar taxiert, Ende 2016 rechnete sie bereits mit zumindest 201 Milliarden. Für diese enorme Summe muss nun die Öffentlichkeit aufkommen, nachdem zuvor die Aktionäre des Kraftwerksbetreibers Tepco die Gewinne abgesahnt hatten.

#### **Nicht konkurrenzfähig**

Dazu kommen die Aufwendungen für die nach wie vor ungeklärte Entsorgung des Atommülls. Die Kosten für dessen Transport, Kühlung, Zwischen- und Endlagerung über unzählige Generationen lassen sich laut Greenpeace-Mann Pawloff gar nicht abschätzen. Würden diese Kosten in den Strompreis eingerechnet werden, ist für Sausgruber eines klar: "Dann wäre Atomstrom nicht wettbewerbsfähig." Dennoch sind die wenigsten Nationen, wie zuletzt die Schweiz, bereit, künftig auf Atomkraft zu verzichten.

Das Problem externer Kosten beschränkt sich nicht auf den Energiebereich. Auch Landwirtschaft und Fischerei sind seit ihrer Industrialisierung mit solchen Phänomenen konfrontiert. Und wer kommt für den Plastikmüll in den Ozeanen auf? Wieso diese Probleme kaum in den Griff zu bekommen sind, erklärt Sausgruber mit fehlenden Anreizen für den Einzelnen. Man müsse die Kosten schultern, profitiere aber kaum davon. Ähnliches gilt für Regierungen, wenn es staatenübergreifender Lösungen bedarf: Wer im Alleingang handelt, muss Wettbewerbsnachteile tragen.

Zurück zur IWF-Studie: Diese legt auch dar, wie effektiv ein global koordiniertes Vorgehen wäre. Ohne die 5,2 Billionen Dollar an Subventionen würde sich die weltweite Emission von Treibhausgasen um 20 Prozent verringern. Das entspricht übrigens dem EU-Ziel, deren Ausstoß bis 2020 um ein Fünftel zu reduzieren. Und jene 120 Milliarden Dollar, mit denen Regierungen weltweit erneuerbare Energien fördern, um mit der fossilen und nuklearen Konkurrenz mithalten zu können, wären ebenfalls hinfällig. (Alexander Hahn, 4.6.2017)

---

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2017

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.  
Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

---